

„Unverzügliches Handeln notwendig“:

EWSA-Arbeitnehmergruppe zu Corona-Fällen in der deutschen Fleischwirtschaft

Die starken Ausbrüche von Coronainfektionen in der deutschen Fleischwirtschaft werfen ein katastrophales Licht auf diese Branche und bringt die ganze europäische Lebensmittelindustrie in ein falsches Licht.

Die Fleischindustrie insbesondere in Deutschland profitiert von billigen Arbeitskräften aus Ost- und Südosteuropa durch den Einsatz von undurchschaubaren Arbeitspraktiken.

Oftmals fällt in diesem Zusammenhang der Begriff „moderne Sklaverei“. Mit der Häufung von Corona-Infektionen bei Beschäftigten in diversen Schlachtbetrieben in Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen sind deren miserablen Arbeitsbedingungen erneut ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt.

Extrem lange Arbeitszeiten, Akkordarbeit auf engstem Raum, fehlenden Pausen sowie unhygienische Sammelunterkünfte zu überhöhten Mieten sind auch sonst unerträglich, in Pandemiezeiten jedoch begünstigen diese Bedingungen zusätzlich die Ausbreitung des Coronavirus. Missbrauch des Systems der Werkarbeitsverträge und Niedrigstlöhne prägen die Arbeitsbedingungen.

Der EWSA hat bereits in seinem [Informationsbericht im Jahr 2018 zur Fleischwirtschaft in Europa](#),

auf die mangelnden gesetzlichen Regelungen und Kontrollen hingewiesen, deshalb erklärt die Gruppe der Arbeitnehmer im EWSA:

1. Europa braucht klare gesetzliche Regelungen, die die Arbeitsbedingungen dieser Branche festlegen.
2. Einen Stopp des ausbeuterischen Werkvertagssystems beim Einsatz von Arbeitnehmern aus dem Ost- und Südosteuropäischen Raum.
3. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort in ganz Europa.
4. Auf europäischer Ebene müssen dringend gemeinsame Begriffsbestimmungen festgelegt werden. Damit dies erreicht werden kann, muss eine Reihe von Maßnahmen ergriffen werden: Es sollten europäische Mindeststandards für Überwachungsdienste, ein europäisches Kompendium steuer- und sozialrechtlicher Begriffe sowie eine europäische Sozialversicherungsnummer angenommen werden.

„Die bekannt gewordenen Missstände widersprechen allen Grundsätzen der Europäischen Säule sozialer Rechte, die die Union 2017 verabschiedet hat. Der angekündigte Aktionsplan zur Umsetzung der Säule muss sich diesen Herausforderungen deshalb dringend annehmen, insbesondere die Situation von Saisonarbeitnehmern, Werkvertragsarbeitern und Scheinselbständigen muss rasch verbessert werden“, fordern Oliver Röpke, Vorsitzender der EWSA-Arbeitnehmergruppe und Peter Schmidt, der Vorsitzende der Beobachtungsstelle für nachhaltige Entwicklung im EWSA.

Ausdrücklich begrüßen Oliver Röpke und Peter Schmidt die Ankündigung von EU-Sozialkommissar Nicolas Schmit, notfalls mit einer Richtlinie auf die unhaltbaren Zustände zu reagieren. Große Erwartungen setzt die Arbeitnehmergruppe auch in die deutsche Ratspräsidentschaft, diese konkreten Probleme unverzüglich anzugehen.

Oliver Röpke

Vorsitzender der Gruppe der Arbeitnehmer im EWSA

Peter Schmidt

Vorsitzender der Beobachtungsstelle für nachhaltige Entwicklung im EWSA